

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt“

Druckerei-Verlag Langgasse 21
Druckerei-Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt“ Nr. 488-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Verlagspreis: Frankfurt a. M. Nr. 7408.

Erpreis: Durch den Verlag bezogen: M. 2.40 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Zugabe; durch die Post bezogen: M. 5.00 monatlich, M. 16.00 vierteljährlich, mit
Zugabe. — In allen Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die
Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Einziges deutsches Tagesblatt in der Provinz. — Auswärtige Anzeigen M. 1.00, deutsche Anzeigen M. 0.50, auswärtige Anzeigen M. 1.00, deutsche Anzeigen M. 0.50. — Für die Aufnahme von Anzeigen an
bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Druckerei-Verlag Langgasse 21.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Freitag, 4. Februar 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 58. • 69. Jahrgang.

Briand über die Pariser Konferenz.

Eine Erklärung in der Kammer und im Senat.

W. T. B. Paris, 2. Febr. In der Erklärung, die heute nachmittag Ministerpräsident Briand in der Kammer und im Senat über die Ergebnisse der Pariser Konferenz abgab, wurde u. a. ausgeführt:

Die Entwertung der Währung bildet täglich für Frankreich eine vitale Frage der Sicherheit. Frankreichs Delegation habe deshalb in energischer Weise darauf gedrungen, daß in allen Punkten die Vertragsauflagen und die Verpflichtungen der verschiedenen Programme in vernünftigen Zeitfristen, aber unter Androhung von Sanktionen bei Nichtausführung sicher durchgeführt werden müßten. Nachdem diese Frage zur vollen Befriedigung Frankreichs geregelt worden sei, habe die Konferenz die Reparationsfrage in Angriff genommen. Das Problem mußte, so ungeheuer verwickelt die ganze Angelegenheit auch war, gelöst und das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Verbindungen wiederhergestellt werden. Frankreich befindet sich in der materiellen und moralischen Notwendigkeit, daß seine verwüsteten Provinzen entschädigt und wieder aufgebaut werden müssen. Aber die Verschiedenartigkeit der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zeige sich, von welchem Gesichtspunkt aus man auch die ganze Angelegenheit betrachte. Wie die ministerielle Erklärung es bereits angekündigt habe, habe man sich vor dem Unmöglichkeit beugen müssen. Deshalb sei man der folgende Ziele gestellt worden: Erstens von Deutschland sofortige Zahlung von Beträgen, die so hoch wie möglich bemessen werden, zu verlangen, damit man mit diesen Realitäten rechnen könne. Das sei unerlässlich gewesen, nachdem zwei Jahre seit dem Waffenstillstand verstrichen seien, während deren Frankreich für einige zehn Milliarden Vorschüsse an Stelle des sich entziehenden Deutschland geleistet habe. Zweitens hätten die Gläubiger durch eine Kombination mit der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands davon profitieren können, damit nicht das Schauspiel der Vereinerung des Besiegten gegenüber dem Ruin des Siegers geboten werde. Man hat nicht den Gedanken festgehalten, auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands beruhender Annuitäten zurückzugehen, aber man hat den wahrscheinlichen Fall vorzusehen wollen, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands seine Zahlungsfähigkeit sich mit der Zukunft erhöhen werde. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß die Annahme einer Zusage annuität, die in direkter Beziehung steht zu dem deutschen Export und zahlbar ist auf einer Goldbasis gemäß den von der französischen Delegation formulierten Vorschlägen, dieses Problem mit der größten Sicherheit und Gerechtigkeit gelöst hat.

Nachdem Briand die vorgesehenen Zahlungen einschließlich Exportsteuer mitgeteilt hatte, resümierte er:

Es handelt sich also um Tilgung der deutschen Schuld in der Grenze seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die sich hauptsächlich in der Entwicklung seines Exports zeigen wird. Es werde übrigens möglich sein, die genauen Ziffern der deutschen Ausfuhr zu prüfen und festzusetzen, um jede Fälligkeit zum Schaden Frankreichs zu verhindern. Ein genauer Plan sei nach dieser Richtung in Aussicht genommen, und auch Kontrollmaßnahmen seien in dem zwischen den Alliierten abgeschlossenen Abkommen vorgesehen, die die vollständige Erfassung dieser Annuitäten sicherstellen könnten. Dank der Kombination einer feststehenden Zahlung sei die Forderung der Alliierten verknüpft mit der Zukunft Deutschlands. Die französische Regierung habe keineswegs auf die Möglichkeit verzichtet, von Deutschland, wenn sich seine Wirtschaft wieder erhole, die Zahlung der Gesamtschuld zu verlangen. Die Reparationskommission werde gemäß dem Vertrag den Betrag vor dem 1. Mai 1921 festsetzen. Die 12prozentige Abgabe vom Export sei ein sichtbares Zeichen der wirtschaftlichen Prosperität des Schuldners und werde gestatten, die tatsächlichen Ziffern und die Berechnungsziffern einander näher zu bringen. Außerhalb der verschiedenen in Boulogne diskutierten, aber von den Alliierten nicht angenommenen Garantien habe die Konferenz von Paris klar festgestellt, daß die für die Entwertung vorgesehenen Sanktionen sich vollkommen auch auf das Reparationsproblem beziehen sollen. Es handle sich um die eventuelle Verlängerung der Besatzungsfristen im Rheinland und um die Beschlagnahme der deutschen Zolleinnahmen und die Besetzung eines neuen Teiles deutschen Gebiets, sei es das Ruhrgebiet oder ein anderes, ferner um die Aufrichtung von Kontrollen und anderen Maßnahmen im besetzten Rheinland.

land, schließlich aber auch um die Unmöglichkeit für Deutschland, an dem Völkerbund teilzunehmen, bevor es nicht Beweise seines loyalen Willens gegeben habe, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die es unterzeichnet habe. Mit der Reparationsfrage sei verbunden die Frage der Kohlenlieferungen. Diese besondere Frage sei schon praktisch durch die Entscheidungen der Reparationskommission angeschnitten worden, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles das Recht habe, in jedem Augenblick die Leistungsmöglichkeit Deutschlands zu bestimmen, und die durch ein Schreiben vom 27. Dezember die verlangten Ziffern von 2 200 000 Tonnen für die Monate Februar und März, sowie von 250 000 Tonnen pro Monat für die Rückstände aus den vorhergehenden Monaten ohne Vorschüsse und Prämien mitgeteilt habe. Wenn Deutschland widerspreche, werde es kurzer Hand nach dem Vertrage ausführen müssen, der viel höhere Ziffern vorsehe als die, die die Reparationskommission festgelegt habe.

Die Konferenz von Paris habe die Entente gestärkt. Ihr wesentlicher Wert sei die Konsolidierung der Friedensfront gewesen, die über alle Widerstände hinweg und diejenigen, die für die Ruinen verantwortlich seien, zwingen werde, ihre Schuld zu beglichen. Es sei nicht eines der geringsten Verdienste der Zusammenkunft gewesen, daß sie in einer Atmosphäre der Herzlichkeit zu Ende gegangen sei, die gestatten werde, der Zusammenkunft mit vollem Vertrauen und mit voller Sicherheit entgegenzusehen.

Nachdem Briand die Regierungserklärung verlesen hatte, begab er sich in den Senat, um dort dieselbe Erklärung abzugeben. Die Kammer setzte inzwischen ihre Beratungen aus und nahm sie nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten wieder auf. Alsdann begannen die Interpellationen. Es sprachen zur Begründung ihrer Interpellationen die Hgg. Margaine, Cazin, Lacotte und Tardieu. Letzterer mußte schließlich seine Rede abbrechen, da der Ministerpräsident erklärte, die Sitzung wegen anderer dringender Amtsgeschäfte verlassen zu müssen. Darauf vertagte sich die Kammer auf morgen nachmittag, wo Tardieu seine Rede fortsetzen wird.

Mr. Paris, 4. Febr. (Drahtbericht.) Das Blatt „Le Peuple“ schreibt zu der gestrigen Ministererklärung: Die Ansicht, daß Deutschland 2 200 000 Tonnen Kohlen statt bisher 2 Millionen Tonnen monatlich liefern solle, zwingt die deutschen Arbeiter zu einer erschöpfenden Mehrarbeit. Man könne nicht sagen, daß dies durch den Vertrag von Versailles gerechtfertigt sei, weil das dem Vertrag beigegebene Arbeiterrecht den Grundsatz des Achtstundentages verletze, der aber jetzt schon bei einer Lieferung von 2 Millionen Tonnen erheblich überschritten werden müßte. Wenn man aber sagt, wie es Briand gestern angedeutet habe, daß sich die deutschen Arbeiter in einer Hölle befänden, so begünstige man damit auch Schereien gegen die Entente.

Sprechungen in Berlin.

Dr. Berlin, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Staatssekretär Bergmann hat im Laufe des Donnerstags über seine Tätigkeit in Brüssel sowohl dem Reichsministerium des Innern als auch dem Reichsfinanzministerium Bericht erstattet. Staatssekretär Schröder, der in Brüssel geblieben ist, führt dort die Verhandlungen weiter. Auch der auswärtige Ausschuss des Reichstags befaßte sich in seiner Donnerstagssitzung mit den im Rahmen der Ententeordnungen liegenden Fragen. Reichsminister Dr. Simon war erschienen und nahm im Verlaufe der für vertraulich erklärten Aussprache zu einigen kurzen Darlegungen das Wort. Man glaubt in politischen Kreisen nicht, daß vor der für Samstag angekündigten Zusammenkunft der Länder in Berlin irgendwelche absehenden Mitteilungen über die deutschen Gegenanträge gemacht werden. Die Redungen der Pariser Presse, daß sich Staatssekretär Bergmann geäußert haben soll, die deutsche Regierung würde gegen die Höhe der Jahresleistungen nichts einwenden haben, sondern müsse es nur auf das kritische abstellen, 40 Jahre lang zu Leistungen gezwungen zu werden, werden als unrichtig bezeichnet. Die Berliner Kreise glauben nicht, daß Bergmann die deutsche Regierung auf eine bestimmte Einstellung festgelegt hat.

Dr. Stuttgart, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Staatspräsident Dr. Hieber besitzt in Anlaß der Entente-Verhandlungen nach Berlin, wo voraussichtlich auch die anderen deutschen Ministerpräsidenten eintreffen werden.

Deutschland schickt keine Vertreter nach Brüssel.

Mr. Paris, 4. Febr. Danach meldet: Die deutsche Delegation teile der französischen Regierung mit, daß die deutsche Regierung nicht glaube, zur Brüsseler Konferenz Vertreter entsenden zu können, da die Anwesenheit ihrer Bevollmächtigten in Berlin unbedingt notwendig sei, um die Ausführung der Beschlüsse der Pariser Konferenz und zur Vorbereitung der Teilnahme der deutschen Regierung an der Londoner Konferenz.

Die deutsche Denkschrift zur Kohlenfrage.

Dr. Berlin, 4. Febr. In der Denkschrift über die Kohlenfrage, die Staatssekretär Bergmann vor seiner Abreise von Paris überreicht hat, legt laut „B. Z.“ die deutsche Regierung die Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa dar, weist die Unmöglichkeit einer Fortsetzung dieses Abkommens nach und macht Vorschläge über die Regelung nach dem 1. Februar 1921.

Die erwartete Steigerung der deutschen Kohlenförderung sei nicht eintreten. Die Förderung pro Kopf und Schicht sei von Monat zu Monat zurückgegangen. Die Denkschrift führt die ungenügende Vorsehung der deutschen Industrie vor Augen, ferner die mangelnde Versorgung mit Dausbrand und die ungenügende Beschaffung von Bunkerkohle, als deren Folge eine große Anzahl Fischdampfer in den deutschen Häfen aufliegen. Während die deutsche Industrie und die deutsche Gesamtbevölkerung unter der Kohlennot zu leiden drohe, sei der Bedarf Frankreichs, wie aus zahlreichen französischen Veröffentlichungen hervorgehe, in vielen Beziehungen hinreichend gedeckt. Bedeutende Lager seien in Paris und in anderen Verkehrscentren sowie in den Häfen angelagert. Deshalb glaube die deutsche Regierung, daß kein Grund mehr bestehe, die starken Forderungen des Spas-Abkommens fortzusetzen zu lassen, und mache unter der Voraussetzung, daß sich an der Kohlenbasis Deutschlands nichts ändere, folgenden Vorschlag: Für die Dauer von sechs Monaten ab 1. Februar wird Deutschland an die Alliierten eine Kohlenmenge von 72 000 Tonnen arbeitsfähig liefern, was bei einem Monatsdurchschnitt von 12 000 Tonnen 12 Millionen Tonnen im Monat ergibt.

Im zweiten Teil der Denkschrift bietet die deutsche Regierung, die in dem Kohlenabkommen festgesetzte Zahlung von 5 Goldmark für die Tonne bestehen zu lassen und ferner eine weitere Entschädigung in bar zu gewähren, um den Unterschied des Inlandspreises zum Weltmarkt etwas auszugleichen. Der dritte Teil der Denkschrift befaßt sich mit der Frage des Transports und erklärt eine Nachlieferung der in den letzten Monaten infolge der Transportwierigkeiten entstandenen Verluste für unmöglich, da sie zum Teil durch höhere Gewalt, zum Teil durch Verfügungen der Reparationskommission und der Ententeänder selbst entstanden seien.

In zwei Anlagen werden die deutschen Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung und die Verteilung der deutschen Kohlenförderung dargestellt.

Gegen die Ententeorderungen.

Dr. Berlin, 4. Febr. Generaldirektor Seidenack vom Norddeutschen Lloyd gewährte dem Berliner Vertreter der „Weltzeitung“ eine Unterredung über die durch die Pariser Konferenzen geschaffene Lage. Er erklärte, die deutsche Regierung habe die Pflicht, zunächst alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen. Auf der anderen Seite müsse die Regierung, so weit die Erhaltung des deutschen Wirtschaftslebens in Frage komme, bis zum äußersten festhalten und sich davor hüten, durch Nachgeben in militärischen Forderungen eine günstige Stimmung für die Wiederherstellung erzielen zu lassen. Die bisherigen Erfahrungen hätten gelehrt, daß man damit keinen Erfolg habe. Daß die Pariser Vorklage in keiner Weise durchführbar seien, habe sich. Frankreich habe sich entschieden noch keine Sorge darüber gemacht, wo die von Deutschland für die Annuitäten geforderten Fonds abgesetzt werden sollten. Auch scheine man überlegen zu haben, daß durch die Ausfuhrabgaben es England ermöglicht werde, die Preise für die Welt zu diktiert. Daß die Entente die wirtschaftliche Einwirkung der Vereinigten Staaten vermeiden möchte, zeige deutlich daraus hervor, daß mit Rücksicht auf den Amtsantritt des Präsidenten Harding am 4. März die Londoner Konferenz auf Ende Februar festgelegt worden sei. Die deutsche Regierung müsse bei ihren Gegenanträgen davon ausgehen, daß auch Frankreich finanziell stark ruiniert sei. Kennes habe kürzlich als Endsumme der deutschen Entschädigung 88 Milliarden genannt; das würde eine Summe sein, die in Vergleich zu setzen wäre mit den 100 Millionen Goldmark, die von der deutschen Delegation seinerzeit in Versailles vorgeschlagen wurden. Zwar sollte damals diese Summe in 100 Jahren einschließlich aller Zinsen und unter der Voraussetzung abgetragen werden, daß Deutschland kein Handelsflotte und keine Kolonien behalte und außer Elisch-Vorbringen keine Gebiete abtrete. Diese Verluste und die weitere starke Entwertung der Mark würden bei Aufstellung der endgültigen Entschädigungssumme in den deutschen Gegenanträgen stark berücksichtigt werden müssen.

Mr. Berlin, 4. Febr. Der Handelsbund erklärte sein Einverständnis mit der Antwort, die Dr. Simon namens der Reichsregierung den Alliierten auf die Pariser Beschlüsse erteilt, wie auch mit den vom gesamten Reichstag mit Ausnahme der Kommunisten gemachten Erklärungen. Die in ihrer Höhe unbekannten Zahlungsverpflichtungen seien praktisch niemals erfüllbar. Die darüber hinausgehende Belastung unterer Exporte mit unerträglichen Abgaben bedrohe unseren Ausfuhrhandel und damit große wirtschaftliche Kreise unserer Industrie mit dem Untergang und mühe Millionen von Arbeitern und Angehörigen in Not und Verderben bringen. Das Verbot selbständiger Kreditoperationen mit dem Ausland beraube uns ferner des unerlässlichsten Mittels für eine allmähliche Gesundung unserer Finanzen und unserer gesamten Wirtschaft.

W. T. B. Berlin, 3. Febr. Der Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes erklärte in einem Beschlusse namens der deutschen Banken und Bankfirmen zu den Vereinbarungen von Paris: Im vollen Bewußtsein des Ernstes und der Schwere der Lage erwarten wir von der Regierung und von den Vertretern des Volkes, daß sie in Abhängung der Vorschläge, die den deutschen Außenhandel erschweren und damit den Lebensnerv der deutschen Volkswirtschaft zerstören, eins und fest bleiben werden.

Das Abkommen über die Reparationsfrage.

Mr. Paris, 3. Febr. Der „Paris-Verein“ meldet: Man scheint anzunehmen, daß das Abkommen über die Reparationsfrage nach seinem Abschluß als ein diplomatisches Dokument des Friedensvertrages von Versailles angesehen wird, so daß keine Ratifizierung durch das Parlament erfolgen müsse.

Deutscher Reichstag.

W. T. B. Berlin, 3. Februar.

Haus und Trübsen sind nur schwer zu trennen. Der Entwurf über die Bemessung des Reichsbeitrags zu den Kosten der Stimmzettel wird nach der Vorlage angenommen, nachdem der Reichsminister Koch erklärt hatte, daß es sich bei dem Satz von 15 Pf. für den Stimmzettel um einen Kostenbeitrag, nicht aber um einen Kostenantrag handelt.

Der Antrag Pittmann (U. S.) auf Erhöhung des Beitrags auf 20 Pf. wird abgelehnt.

Bei der nun folgenden Beratung des Wehrgeheimnisses (100.000 Mann-Heer) schildert Abg. Schöpslin (Soc.) die durch die Abkehr von der allgemeinen Wehrpflicht entstehenden Schwierigkeiten.

Reichswehrminister Seidler: Die bisherige deutsche Wehrrückstellung ist durch den Friedensvertrag von Versailles bedingt. An ihre Stelle soll das vorliegende Gesetz treten. Das Wehrgeheimnisgesetz und das Disziplinarrecht werden demnach dem Reichsrat vorgelegt werden. Bei der letzten Vorlage sind wir gebunden an den Friedensvertrag und an die Weimarer Verabredungen mit den Ländern über die Landmannschaften. Den Soldaten sind in dem Entwurf alle mit ihrem Beruf vereinbaren Rechte eingeräumt, aber im Interesse des Reiches und des Heeres muß die Disziplin unbedingt hergestellt werden. (Beifall rechts.) Das Disziplinrecht ist mit der Disziplin nicht vereinbar. (Widerstand bei den Soc.) Das positive Wahlrecht ist nach der Verfassung keinem Angehörigen der Wehrmacht genommen. Der Entwurf führt nur vom aktiven Wahlrecht und unterscheidet nur zwischen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht. Im übrigen sind unter Soldaten auch die Offiziere verstanden. Es wird von ihnen abhängen, ob durch Förderung der Bildungseinrichtungen der Satz seine Parze bleibt, daß jedem Soldat der Weg zu den höchsten Stellen offen steht. Das Offiziersproblem wird dadurch nicht gelöst, daß ein paar alte Unteroffiziere als Kongressschulung zu Leuten gemacht werden. (Sehr richtig!) Das Reichswehr darf keine Vorrechte sein, sondern muß zur Angelegenheit der ganzen Nation werden, damit wir zu einem wirklichen Volksheer kommen. (Beifall.)

Abg. Kunkler (U. S.): Für uns ist die politische Gleichberechtigung der Soldaten eine grundsätzliche Forderung, an der wir festhalten, obwohl wir im Heere wenig Anhänger haben.

Abg. Koenig (Komm.): Die Reichswehr wendet ihre Macht immer nur gegen die Arbeiterklasse.

Damit schließt die Rede. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern. — Die Novelle zum Dienstvertragsgesetz wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen. — Der Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzsicherungspersonals geht an den Ausschuss.

Zur dritten Beratung des Betriebsbilanz-Entwurfs berätet.

Abg. Schlad (Zentr.) nochmals den Antrag der bürgerlichen Parteien, demzufolge eine Verpflichtung zur Vorlage der Bilanzunterlagen nicht besteht.

Die Beschlüsse der zweiten Lesung werden angenommen. Es folgt die erste und zweite Beratung des gemeinsamen Entwurfs der Koalitionsparteien und Mehrheitsfraktionen zur Förderung des Wohnungsbaus für die Zeit bis 1940 und für alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude eine Abgabe zu erheben. Die Länder werden berechtigt, an die Stelle dieser Abgabe Zuschläge zur Steuer vom Grundvermögen treten zu lassen.

Abg. Bahr (Dem.) begründet den Antrag, schließt die Wohnungsnot und protestiert gegen die Anhebung der Steuer nur auf Wohngebäude auszuheben.

Nach einer ausgedehnten Debatte wird der Gesetzentwurf unter Ablehnung der dazu gestellten Anträge in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Unabhängigen und Kommunisten.

Es folgt die Interpellation der Abg. Herat (D. Natl.), Graf Bernhart (D. Natl.), Eilenberger (Bauerdb.) und Genossen über die Halberstadt-Festung. Die Interpellation wendet sich dagegen, daß im Gegensatz zu der Halberstadt-Festung am 26. 3. 1920 eine Verordnung des Reichswehrministeriums vom 11. 12. 1920 den Landwirten eine Mindestablieferungsfrist für Hafer auferlegt hat, die höhere Mithilfe für die landwirtschaftliche Betriebsführung ergeben hat.

Abg. Dr. Seumler (D. Natl.) begründet die Interpellation.

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort Staatssekretär Föhrer: Aus der Freigabe des Hafers hätte sich bald eine Gefährdung der Versorgung mit Brotgetreide ergeben. Darum sollte die Zwangsbewirtschaftung von Hafer wieder eingeführt werden. Mit Rücksicht auf die dringenden Vorstellungen der Landwirte würde aber von einer Rationierung abgesehen. Die Verordnung vom 11. 12. 1920 den Landwirten nur eine Mindestablieferungsfrist auf. Das war dringend notwendig, weil vorher die Ablieferung sehr gering war. Die Festsetzung einer Strafe für nicht gelieferten Hafer läßt sich nicht vermeiden. Die Regierung will die Härten dadurch vermeiden, daß bei der Unterverteilung die landwirtschaftlichen Organisationen herangezogen werden und daß bei der Verabreichung Hafer im Austausch den Landwirten gegeben wird.

Auf Antrag der Rechten wird die Beantwortung der Interpellation beschlossen.

Konzert.

Heinrich Schusnus; der schnell zur Berühmtheit gelangte Berliner Opern- und Konzertkünstler, hat auch gestern Abend wieder in schön gelungener „wie einst im Mai“ 1920 als er zum erstenmal hier — an gleicher Stelle, im Kasino — aufgetreten. Ja, man möchte meinen, daß kein Vortrag noch an künstlerischer Vollkommenheit, keine Stimme noch an Glanz und Wärme gewonnen hat. Keine Frage; es ist wohl die schönste Männerstimme, die man sich denken und wünschen mag. Eine solche Verehrung von Güte und Kraft, Schönheit und Rundung, eine solche Ebenmäßigkeit in der ganzen Ausdehnung von der tiefen Baritonlinie bis in die strahlende Tenorlage hinein, eine solche künstlerische Abgeschlossenheit in der Tonbildung und in allen Verbindungen des Tons — wird man nur selten wieder finden. Auch bei der äußersten Kraftanstrengung — keine Spur von Kraftanstrengung; auch bei der äußersten Zartheit — man denke des wunderbar elastischen Balletts — keine Spur von Versteifung, kein Schwanken.

Von Herrn J. Ernst hat anknüpfend am Klavier begleitet, lang Herr Schusnus zunächst das „Gebet Salomos“ aus „König von Saba“ von Goldmark; hier und im folgenden „Talisman“ von Schumann klang kein Klang so schön wie Orgeln und Glockenläute; und insbesondere beim „Talisman“ — „Gottes ist der Orient, Gottes ist der Occident, Amen, Amen“ — ward es jedem Hörer still und feierlich zu Mut... Schumanns „Lotosblume“ ließ der Sänger im Vortrag zu lichte Glanz aufblühen; und „Ich große nicht“ — wurde ohne jede theatralische Effekthaserei zu dramatischer Wirkung erhoben.

In der Wiedergabe der Wälschen Pleder — es waren die herrlichsten ihrer Art — bewunderte man die ungewöhnliche Modulationsfähigkeit dieses „tastigen“, „vollständigen“ Organs. Wie der Künstler die poetischste Schlichtheit, die keine Bildhaftigkeit, den lebenswichtigen Humor dieser Pleder verflüchtete, verlebendete, das bedeutete ein durchdringendes Mitdenken am Kunstwerk. Und was den Vortrag dabei noch verleiht, die von jeder Affektiertheit freie natürliche Annäherung des mündlichen Ausdrucks, wodurch der Sänger den poetischen Gehalt des Liedes ausdeutet, hilft. Solche „Amur“ ist wohl eine seltene Gottesgabe. Manche schöne Primadonna hätte doch nicht mehr sein.

Abg. Kunkler (Soc.): Das Eingreifen der Regierung war dringend notwendig.

Abg. Baumann (Zentr.): Mit der Zwangsbewirtschaftung nimmt man den Landwirten den Hafer, den sie dringend für ihr Vieh benötigen haben.

Abg. Bahr (D. Natl.): Die Regierung hat ihre Zusage, Hafer in genügender Menge einzuführen, nicht gehalten.

Abg. Vöge (Dem.): Die Verordnung ist reichlich spät erfolgt.

Nach einem Schlusswort des Abg. Walke (D. Natl.) schließt die Debatte.

Morgen vormittags 11 Uhr: Anfragen; Interpellationen und kleine Vorlagen. — Schluss 7.30 Uhr.

Die Neuordnung der Hinterbliebenenbezüge der Krieger.

W. T. B. Berlin, 3. Febr. In der Wehrkommission des Reichstags gab gestern der Regierungsvertreter eine Erklärung ab, daß der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Witwen- und Hinterbliebenenbezüge der Krieger von 1864/66 und 70 in Vorbereitung sei.

Die Rechtsverhältnisse der Hausangestellten.

Br. Berlin, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde eine Entschließung aller Parteien angenommen, durch welche die Regierung beauftragt wird, durch Vorlegung eines Gesetzentwurfs baldmöglichst das Rechtsverhältnis der Hausangestellten zu regeln.

Karnivalsverbot in Baden.

W. T. B. Karlsruhe, 3. Febr. Im Hinblick auf die durch die unangehörigen Beschlüsse der Badener Konferenz geschaffene ernste Zeitslage hat das badische Ministerium des Innern alle karnevalistischen Auslässe, Befreiungen jeder Art sowie das Tragen von Masken auf öffentlichen Straßen und Plätzen auch für dieses Jahr untersagt.

Der Überfall in Mosbach.

ms. Heidelberg, 4. Febr. Einer Blättermeldung zufolge teilt die Staatsanwaltschaft in Mosbach mit, daß das Verfahren gegen die wegen des Überfalls in Eberbach verhafteten amerikanischen Vollzeitanlagen auf Grund einer Klage wegen versuchten Totschlags eingestellt worden ist.

Wassenschmuggel in Rattowitz.

Br. Rattowitz, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht.) In der Nacht zum 1. Februar wurde beobachtet, daß unbekannte Personen damit beschäftigt waren, Ritten in das Eisenbahndirektionsgebäude zu schaffen. Bei den Nachschüben der Abfuhrungspolizei wurden 15 Ritten zutage gefördert, die mit Gewehren und Munition gefüllt waren. Die Waffen waren auf dem Lender einer Lokomotive unter den Kohlen verladen nach Rattowitz gebracht und dort heimlich und ohne Kenntnis der Eisenbahnbehörden nach der Eisenbahndirektion gebracht worden. Die Eisenbahndirektion teilt hiermit mit, daß sie von der alliierten Kommission die Erlaubnis für die Bewaffnung von Beamten für den Sicherheitsdienst bezieht, daß sie aber bezüglich der Beschaffung der Gewehre weder vom Transport noch von ihrer Bestimmung irgendwelche Kenntnis gehabt hätte.

Österreich unter Finanzkontrolle.

D. Prag, 4. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie hier verlautet, soll die Finanzkontrolle Österreichs durch eine alliierte Kommission erfolgen. Diese Kommission, die mit einem Kapital von 200 Millionen Franken arbeitet, soll das gesamte Finanz- und Wirtschaftssystem Österreichs überwachen. Die alliierten Regierungen verpflichten daraufhin auf ihre Forderungen an Devisen-Österreich. Es wird jedoch eine Verzögerung der Beamtenkörper verlangt. Für die Leistung dieses Finanzinstitutes soll der frühere Finanzminister im Ministerium Aquith ausüben sein.

Eine starke Flotte für Rußland.

D. Basel, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Moskauer „Newstia“ behauptet sich wieder mit der Notwendigkeit einer starken Flotte für Rußland. In den nächsten fünf Jahren werde Sowjetrußland kaum imstande sein, größere Flottenbauten vorzunehmen. Man müsse daher alles ausnützen, um die baltische Flotte instand zu setzen und mit Mannschaften zu versehen. Der Standpunkt der bürgerlichen Opposition sei fallen zu lassen, daß die Flotte eine Samoworbildung am Weltkörper sei. Seit, wo die Sowjetregierung in den Strudel der Weltpolitik hineingezogen worden sei, wäre eine mächtige Flotte für Rußland notwendiger als je.

2 Millionen Beamte in Rußland.

D. Paris, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie dem „Temps“ berichtet wird, geht aus offiziellen Statistiken hervor, daß gegenwärtig in Rußland 2 Millionen Beamten bei einer Gesamtzahl von 315.000 Arbeitern sind. Diese Zahl übertrifft sogar die kommunistischen Führer. Der Kommissar für die Industrie habe den Vorschlag gemacht, 500.000 dieser Beamten in den Fabriken unterzubringen.

Auch in Pöbern von Hugo Wolf erkante die stimmungsreiche Auffassung; und die Kunst, diese feinsten Partikeln so feinfühlig zu fassen, zu gliedern und zu heben. Dazu bedarf es allerdings eines so leidenschaftlichen Schwelgers des Kompositen, einer so zartesten Empfindung. Ein Meisterfinger führt —!

Die Heroldische „Sampa“-Arie bildete einen äußerlich brillanten Abschluss des Konzertabends. Herr Schusnus — er kommt beinahe aus unserem Wiesbadener Regier — wurde von der Zuhörerschaft, die den Saal bis auf den Rand gefüllt hatte, in jubelnder Weise ausgerufen; enthusiastischer Beifall, verleiht und gewährt Danas, verdächtige Zugaben, immer erneute Hervorrufe: Schusnus! Schusnus!

Aus Kunst und Leben.

* Aus den Frankfurter Theatern. Die Leitung des Schauspielers hielt es, wie uns aus Frankfurt a. M. geschrieben wird, für unumgänglich nötig, den Frankfurter einen Kolochoa vorzuführen. Sie wählte dafür aus den 1917 erschienenen oder Dramen „Draheus und Eurydike“, das offenbar nach Meinung des Theaters das beste und am leichtesten verständliche aus. Durte keineswegs im Neuen Theater im „Hob“ die völlig unbefriedigte, nur mit einem Hauch verlebene „Eurydike“ als die eigentliche Sensation gelten, so war es diesmal die Inszenierung durch den Schauspieler George, dessen unwillkürliches Temperament und originale Begabung von den Frankfurtern hoch eingeschätzt wird. George, der immer da zu haben ist, wo modernste Kunst nach Ausdeutung oder Erfüllung laßt, erwies sich als ein so guter Regisseur des Gausens, daß es den Zuschauern schon nach wenigen Bildern bedenklich zu werden begann. Schließlich war zwischen W. H. H. und J. H. H. kaum noch eine Grenze, und wenn das noch eine Szene zu weiter gegangen wäre, hätte mit Sicherheit angenommen werden können, daß leicht belästigte Zuschauer als völlig Verirrte das Lokal verlassen hätten. Es war unmöglich, aus dem Hauch an sich stimmungsreicher Bilder, aus dem Gelehrte und Gelehrte unterständlicher Worte und Sätze einen tieferen Sinn zusammen zu bekommen. Kolochoa mag ihn selber haben hineingelegt wollen, und er mag auch selber verstanden haben, was er trieb. Dem Frankfurter Publikum aber, das gewiß gewillt ist, alles

Wiesbadener Nachrichten.

E. Werbslois: fürsorge.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß selbständige Kleingewerbetreibende, Händler und dergleichen um Gewährung der Erwerbslosenunterstützung nachsuchen, bei der Antragstellung aber gleichzeitig ihren Berufsstatus vorlegen, daß sie ihre Geschäfte wegen Unrentabilität abgemeldet haben. Hierdurch begeben sich derartige Antragsteller in die Gefahr, daß sie ihre Existenz nicht wieder aufnehmen können, andererseits aber auch keine Erwerbslosenunterstützung erhalten, weil ihre Erwerbslosigkeit nicht als Kriegsteile angesehen werden kann. Es wird daher darauf hingewiesen, daß alle selbständigen Kleingewerbetreibende, Händler und dergleichen, die unter Einfluss der wechselläufigen Konjunktur nicht mehr in der Lage sind, den notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen und die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch nehmen wollen, sich ohne Abmeldung ihres Gewerbes beim Arbeitsamt melden können. Hier müssen sie den jeweiligen Verdienst glaubhaft nachweisen und werden die einzelnen Anträge dann einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Anträge werden später dem Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge zur Beschlussfassung vorgelegt und wird dieser von Fall zu Fall entscheiden.

Der Magistrat teilt ferner mit: Produktive Erwerbslosenfürsorge. Zur Minderung der Erwerbslosigkeit unter den Bauhandwerkern (Arbeitsgeber und Arbeitnehmer) hat der preussische Minister für Volkswirtschaft mit Genehmigung des Reichsamts für Arbeitsvermittlung Mittel zur Gewährung von Zuschüssen für Haus- und Wohnungs-Instandsetzungsarbeiten an Gemeinde- und Privatgebäude bereitgestellt. Es können darnach Hausbesitzer und Mieter für die Beschäftigung Erwerbsloser, die von dem bürgerlichen Arbeitsamt nachgewiesen sind, Zuschüsse erhalten werden, deren Höhe sich nach der Zahl der von Erwerbslosen zu leistenden Tagewerke bemisst. Für ein Tagewerk werden 24 M. vergütet. Das ergibt einen recht beträchtlichen Betrag zu den Gemeinkosten und dürfte viele, die bisher die Ausgaben scheuten, veranlassen, ihre dringlichen Ausbesserungsarbeiten nunmehr in Angriff zu nehmen.

— Große Schmalzhamker. Gestern und heute hielten sich in der Stadt Borsdorf ab, die lebhaft an die Zeit der ersten Nahrungsmittelnot erinnern. Vor den Läden hängen die Leute Polonäse und die Polizei hielt Ordnung. Warum? Es war nämlich das Gerücht entstanden, das Schmalz werde vom Markt verschwinden, und so machten sich alle, die viel Zeit und viel Geld hatten, sofort auf die Beine, um 5, 10- und 20-Pfundstücke des vielgeachteten Schmalzes zu ergattern. Und das alles, obwohl wir in letzter Zeit im Zeit geradezu schwimmen und die Schmalz- und Speckelorte fast handlich zur Verfügung stehen. Ob das Schmalz wirklich verschwinden wird, ist eine Frage, die sich im Augenblick mit voller Gewissheit nicht beurteilen lässt, ein Grund ist jedenfalls nicht ersichtlich. Die Lage am Markt, und O. M. A. im allgemeinen ist jedenfalls so, daß ein fester Markt nicht eintreten kann. Überdies hatte heute morgen noch eine bekannte alte Firma hier, die in letzter Zeit durch vorzügliche Lebensmittelangebote viel von sich reden machte, in ihren 21 Verkaufsstellen alles Schmalz, Schmalz zu 12 M. verkauft (also auch nicht teurer wie bisher), das allerdings ebenfalls wieder rasch abgekauft wurde, obwohl nicht mehr als 5 Pfund pro Käufer abgegeben wurden. Daraus geht jedenfalls hervor, daß es am Donnerstagmorgen, als das Publikum zum großen Teil so ganz befeuert auf Schmalz verfallen war, von einem Mangel und einer Preissteigerung noch nicht die Rede sein konnte. Wenn dies aber jetzt eintritt, dann sind die Konsumenten leicht daran zu sehen, wie so oft während des Krieges, wenn die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe gingen und die Ware knapper wurde.

— Viehmarkt. Die Preise gingen am gestrigen Viehmarkt, trotz des geringen Angebots von 24 Rindern, darunter 1 Ochse, 5 Füllen, 18 Kühe und Kälber, 128 Schafen, 80 Schweinen, 100 Schmalzen, in allen Vieharten weiter etwas bergab bei langsamem Geschäft. Der Auftrieb wurde schließlich geräumt.

— Keine Ausweisung politischer Führer. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: In einem Teil der Presse verbreitete Nachricht, wonach die Interalliierte Rheinlandkommission Führer politischer Parteien und Beamte, welche sich mit der Verbreitung nationaler Politik befassen, ausweisen werde, entbehrt nach den bei der Rheinlandkommission getroffenen Bestimmungen der Begründung.

— Zwei neue Eilzüge. Die Eisenbahndirektion Mainz teilt uns mit: Vom 5. Februar d. J. ab werden zwei neue Eilzüge 2. bis 3. Klasse zwischen Frankfurt a. M. und Köln über Mainz, Bingerbrunn, Koblenz wie folgt befördert: E. 111: Frankfurt a. M. ab 2.24 nachm. M. E. 3, Mainz (Gld) 2.24/2.25 M. E. 3, Mainz (Hauptbahnhof) 2.29/2.30, Bingen 3.10/3.12, Bingerbrunn 3.16/3.19, Boppard 4.11/4.13, Koblenz 4.24/4.43, Köln (Hauptbahnhof) an 6.39 nachm. E. 114: Köln (Hauptbahnhof) ab 10.30 vorm. M. E. 3.

Neue vorurteillos entgegenzunehmen, machten es sowohl Dichter als Regisseur unmöglich, auch nur zu einem ausdauernden Verständnis zu gelangen. Als der Vorhang zum letztenmal fiel, stellte sich die erste Rundschau aus dem Publikum ein, das bis dahin sich völlig ausgeschlagen hatte. Aus dem Publikum rief jemand mit etwas roher und etwas rauher Stimme „Gott sei Dank!“ Er hatte das erste Wort getroffen. Auch für das Gefühl derer, die sonst ablehnen, durch Standhalten Stellung zu nehmen. Natürlich gab es eine Gruppe von Männern und Weibern, die klafften, bis sie schließlich, trotz aller bedrückenden Fäden, auch der Dichter zeigte sich glücklich. Aber an der allgemeinen Ablehnung der allgemeinen Verworrenheiten auf der Bühne war nichts zu ändern. In den drei Hauptrollen der ersten Heinrich George (Draheus), Gerda Müller (Eurydike), Fritz Rod (Hob) mit allen blendenden Mitteln, Kolochoa zu helfen. Vergeblich! Der Abend bedeutete ein so hartes Kasso des Dramatikers Kolochoa, daß man diesen begabten Maler und erfindungsreichen Bildner, wenn er einmal vom Theater nicht lassen kann, sehr dringend bitten muß, sich der Pantomime zuzuwenden und damit an kleineren Kommerziellen Bühnen sein Glück zu suchen. Unsere großen Volkstheater dürften sich für solche Krantenkunst nicht mehr hergeben. Sie haben, weiß Gott, andere Aufgaben zu erfüllen.

— Die Wiederherstellung der Dante-Statuen. Genau 500 Jahre sind in die ein Jahr dahingegangen, seit der größte italienische Dichter, einer der größten Dichter der Menschheit, seit Dante ins Grab lag. Auch bei uns wird man dem genialen Florentiner, der durch das Fortleben und Dichtertum eines Jahrhunderts zu einem Bürger der deutschen Welt geworden ist, eine würdige Feier bereiten. Vor allem aber rufen sich seine Landleute, den Prediger ihrer nationalen Einheit zu ehren, und die Könige Rom, die sie für die Erhaltung seines Andenkens finden können. In die Statuen wiederherzustellen, die noch auf Italienischem Boden von ihm im letzten Willen zeugen. In diesem Zweck hat der Unterstaatsminister Benedetto Croce, der soeben in einem wunderbaren Werk über den Dichter die ewige Schönheit seiner Kunst dargestellt hat, ein Gutes eingebracht, durch das für die Dantefeier die Summe von 1.250.000 Lire bewilligt wird. Über die Verwendung dieses Geldes weiß Friedrich

Evangelischer Bund.
Gemeindeabend am Sonntag, 6. Febr.,
 nachmittags 5 Uhr, in der Ringkirche.
 Mitwirkende:
 Redner: Herr Pfarrer D. Waltz aus Darmstadt,
 Vorsitzender des Less. Hauptvereins des E. B.;
 Gesang: Frau Linda Mannsfaedt;
 Violine: Herr Polizeirätkent Krause;
 Orgel: Herr Organist Schaus.
 Thema des Vortrags:
 „Die Not unserer evang. Kirche in der Gegenwart u. wir.“
 Eintritt frei! Vorbehaltene Plätze zu Mk. 2.— in
 den Gesängen von Aug. Engel, Ecke Rheinstr. u.
 Wilhelmstr. und Ecke Rheinstr. u. Kaiser-Friedr.-
 Ring und bismarckmann Sennebold, Ecke Bismarck-
 ring und Bertramstr., sowie nachm. von 4 Uhr ab
 am Haupteingang der Kirche.
 Alle Evangelischen sind herzlich eingeladen. Die
 Kirche ist reichlich. Der Vorstand F381
 Keerl, Rechnungsrat, stellvert. Vorsitzender.

Quartett-Berein, Wiesbaden.

Morgen Samstag, den 5. Februar 1921
 (Fastnacht-Samstag):

Großes Faschingsfest

in sämtlichen Räumen des Paulinenschloßhofs.
 Orchester: H. Lang, Lohr. Getränke nach Belieben.
 Tanzleitung: Herr Eder.
 Eintritt: Herrenkarte 10 Mk., Damenkarte 5 Mk.
 Keine weitere Nachzahlung.
 Abkündigung 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.
 Gr. Fern-Konkurrenz! Wertvolle Gewinnverlosung!

Männergesang-Verein „Union“ e.V.

Fastnacht-Samstag, den 5. Februar 1921, abends
 7 Uhr, im Saal des Turnerheims, Heilmundstraße
 statt Maskenball

Großer Festball

Ball-Leitung: Herr Tanzlehrer Aug. Jung.
 Herrenkarte 10 Mk., Damenkarte 5 Mk. Mitglieder
 und 1 Dame frei. Keine Nachzahlungen. Es ladet
 höflichst ein Der Vorstand. 1270
 NB. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Sänger-Quartett „Eintracht“.

Samstag, den 5. Februar 1921, abends 6 Uhr, im
 Rintchen Saal der „Germania“, Hefenstraße 27:
Frühlingsfest mit Tanz
 wozu einladet Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein.
 Samstag, den 5. Febr. 1921,
 abends 7 Uhr, in der Turn-
 halle Platter Straße 18:
**Humoristischer
 Familien-Abend**
 (Bunter Abend) mit Tanz.
 Eintritt für Mitglieder 2.— Mk., für durch Mit-
 glieder eingeführte Gäste 4.— Mk. (Gute Beitrags-
 gütung mitbringen.) Beginn u. Saalöffnung 6 Uhr.
 Der Vorstand.

Café Orient
 Unter den Eichen
 Während der Fastnacht
 täglich von Samstag bis einschl.
 Dienstag:
Groß. Faschingsball.
 Nürrische Dekoration! Heiteres Treiben!
 Großes Bal-Orchester!

Restaurations „Stadt Eurenburg“
 Moritzstraße 33.
 Samstag:
Schlachtfest
 wozu freundlichst einladet W. H. Knoll.

Restaurant „Stadt Wörth“
 Morgen Samstag:
Mehlsuppe.
 Eine Auswahl von weißen u. roten
 H. Fleischweinen.
 Germania-Orch. hell u. dunkel.
 Es ladet freundlich ein W. Bauscher u. Frau.
 Telefon 25-6. Weinhandlung. Wörthstraße 19.

Morgen Schlachtfest
 wozu freundlichst einladet
 Rilian Henz, Gasthaus Posthorn,
 Bahnhofstraße 18.
 Morgens 10 Uhr ab: Kellerei, 9 und Bratwurp.



Gerade durch den Galmiat-Gehalt

Dr. Gentner's Galmiat-Goldperle

Terpentin-Seifenpulver
 anderen Marken überlegen, weil der Galmiat
 ein gutes und gleichzeitig mild auf die
 Wäsche wirkendes Waschmittel ist.
 Rotkorn-Weißkorn ist die beste,
 weil sie Seife enthält.

F 102

TAUNUS-HOTEL

Wiesbaden

Rheinstraße

Während der Faschingstage:

Gemütliche familiäre Unterhaltungsabende.

Sonntag und Dienstag:

Réunion!

Doppel-Konzert.

Ti-Ohbestellungen höflich erbeten.

Tanzschule W. Krumm und Frau
 Bismarckring 42. 9. Telefon 4495.

Morgen Fastnachtsamstag, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im festlich
 geschmückten „Wintergarten“, Schmalbacher Straße:

„Großes venezianisches Nacht-Fest“ Ball

Karten à 5 Mk. 8.— sind im Voreverkauf im Büro des Wintergartens, sowie
 in unserer Wohnung, Bismarckring 42, zu haben.

Die Nacht der Königin Isabeau
 greift tief in die Geschichte des
 französischen Mittelalters hinein. Im Mittel-
 punkt der Handlung steht Königin Isabeau
Fern Andra
 die schöne Gemahlin Karls VI. des
 Wahnsinnigen.
 Stark und machtvoll rollen sich die Ereig-
 nisse ab. Hier ist eine hinreißende
 Tragödie entstanden, deren Wert keines-
 wegs mit dem Tage verloren geht: Ein
 Denkstein auf dem Wege des
 Filmes zur großen Kunst!
 Erst-Aufführung morgen Samstag, 5. Februar,
 nachmittags 2—10 1/2 Uhr, im
Thalia-Theater

Haus- u. Grundbesitzer-Verein

C. W. F 332
 Diejenigen Hausbesitzer, welche von Schweizer
 Hypothekengläubigern infolge des Abkommens
 der Regierung mit der Schweiz Zuschriften
 erhalten haben, wollen sich zwecks Zusammen-
 schluß und Abwehr mit uns in Verbindung
 setzen. Die Direktion.

Ba. ostfriej. Brenntorf

zu Mk. 21.— per Zentner frei Keller
 in plombierten Säcken u. Mk. 20.— per Str.
 frei ans Haus bei Bestellung ganzer Fuhrten
 liefert 1820

Ludwig Jung

Bismarckring 32. Telefon 959.

Zucker Süßstoff

können Sie sparen,
 wenn Sie
 verwenden,
 in Pulver 75 P.
 in Tabletten (1 Tabl. =
 1 Stück Würfelzucker) 5.55
 p. Schicht, 500 St. 5.55
 Kaffee, Tee, Kakao
 in bekannt feinem Qual. zu
 billigen Preisen.
 Sahnen-Milch große Dose 8.—
 Nestlé-Milch große Dose 9.—
 Kond. Vollmilch 11.—
 (gezuckert)
 Haserfloden 3.50
 per Pfd. 3.
 Matzena, Reis, Bohnen,
 Erbsen, Linsen.
Reinhard Göttel
 Michaelsberg 23,
 Ecke Schmalbacher Str.

**Billiger
 als
 Schmalz**
 ist mein la helles
= Backöl =
 1/2 Liter 3.50
Drogerie A. Junke
 Kaiser-Friedrich-Ring 30
 Telefon 6320.

Büfett
 moßte sich, 6. zu verl.
 Engel, Dr. 22, 2 r.
Achtung!
 Zur Erweiterung Stein-
 mauerwerk mit 2 Äpfeln.
 Guter heillosen gekreist
 u. schwarze Ringelchen.
 Frau Reuling,
 Rheingauer Straße 26.

Gesangbücher
 mit Goldprägung vom
 12. Jh. an.
 Carl J. Lang, Strich-
 Nr. 35, (d. Holzmühl.)

Reiner Himbeersaft
 per Pfd. nur 10 Mk.
 lose abgewogen und
 in Flaschen.

Trockenmilch
 hervorragende Qualität
 im Gebrauch wie frisch
 gemolene Milch. Man
 man dies 1 o kalt an-
 rührt u. bis zum Kochen
 öfter umrührt,
 per Pfund 15 Mk.
**Chinesisches
 Trockenpulver**
 (kein E-satz) 18.75

**3 Eier 2 Mk.
 Dänische Sahne**
 solange Vorrat reicht,
 per Dose 3 Mk.
Vorzügl. Marmelade
 zu billigsten Preisen.
Fr. Henrich
 Blücherstr. 34 Tel. 1914

Spezialzimmer
 preiswert zu verl. Maner,
 Schreinerstr. 25

Führer-Jung, Wiesbaden.
 Die Mitglieder der Führer-Jung werden zu
 der am Samstag, den 5. ds. Mts., abends 8 Uhr,
 stattfindenden

Monats-Versammlung
 im Rest. Rheinischer Hof, Ede Neu- und Rheingasse,
 hiermit ergebenst eingeladen.
 Der Vorstand: H. Michel.

Achtung! Gartenbesitzer!
 Eintrübnlich sei gewarnt vor solchen Leuten, welche
 ohne jegliche gärtnerische Kenntnisse ihre „tätig-ge-
 billige unorganisierte“ Arbeitskraft empfehlen.
 Im Bedarfsfall sind wir in der angenehmen Lage,
 Ihnen Firmen und Spezialgärtner bekannt zu geben,
 für deren fachliche Leistungen wir Garant e leisten.
Verb. der Gärtner, Ortsverm. Wiesbaden.
 Tel. Nr. 49, 2.

Firma Adolf Sarrh

**1 Waggon, 5168 Posen,
 mit 12500 Pfund
 Kaffee**

eingeliefert.
 Derselbe gelangt ab heute, täg-
 lich frisch gebrannt, aus eigener
 Großrösterei zum Verkauf.

Nur eine Qualität

diese aber ist garantiert rein-
 schmeckend und von vollem
Aroma.

**1 1/2 Pfd. 11.00
 nur 11.00**

**Konturrenzlos im Preis,
 b. Bemessung d. Qualität.**

**21 Verkaufsstellen
 allen Stadtteilen**

Bekanntmachung

betreffend Zuschüsse für Haus- und Wohnungs-
Ankündigungsarbeiten.

Aus Mitteln der produktiven Erwerbslosen-
Hilfe können Zuschüsse für Haus- u. Wohnungs-
Ankündigungsarbeiten gewährt werden.
Bei Ausführung der Arbeiten dürfen nur solche
ortsansässige Arbeitnehmer beschäftigt werden, die
als erwerbslos vom hies. Arbeitsamt vermittelt
worden sind.

Anträge sind nach Formular, unter Beifügung
eines Kostenanlasses, an das hies. Hochbauamt,
Kleine Wilhelmstraße 3, zu richten, welches auch die
Formulare ausbündelt, sowie Auskunft erteilt, und
sogar im ersten Obergeschoss, Zimmer 28, in den Vor-
mittagsstunden von 9-12 Uhr.
Wiesbaden, den 1. Februar 1921. F217
Der Magistrat.

Bekanntmachung

Am 10. Februar d. J. nachmittags 2 Uhr,
gegebenenfalls auch an den folgenden Tagen, werden
die nach vorgenannter Anforderung von den An-
kündigungsberechtigten nicht abgeräumten Stadtmöbel
verschiedener Art (440 Stück) auf d. n. für die Wieder-
belegung bestimmten Gräberfeldern Nr. 1-6 des
Nordfriedhofs öffentlich meistbietend an Ort und
Stelle versteigert. Die Steinigungs- und Zahlungs-
bedingungen können während der Vormittagsstun-
den auf dem Bestattungsamt, Rheinstraße 22, 1.
Zimmer 20, und bei dem Verwalter des Nordfried-
hofs eingesehen werden.
Zusammenkunft der Bieter am Hauptportal des
Nordfriedhofs.
Der Magistrat, Friedhofsbewirtschaftung.

Bekanntmachung.
Am 2. Februar, vormittags 10 Uhr (Vorsitz), soll
auf dem hiesigen Güterbahnhof Wiesbaden-West
1 Waggon Breitholz (1450 Kilo)
öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Bar-
zahlung veräußert werden.
Güterabfertigung Wiesbaden-West.

Bergebung

von Gebäuden, Zimmern, Dachdecken, Glasern,
Schreibern, Tüchern, Antikreier u. Klempnerarbeit.
Im Wege der öffentlichen Submission sollen die
vorbeschriebenen Arbeiten zum Neubau eines Doppel-
Wohnhauses in Raurod (Oberstraße) vergeben werden.
Angebotsformular: find auf der Bürgermeisterei in
Raurod gegen Erstattung der Ausfertigungsstellen
erhältlich, wobei auch die Bedingungen nebst Zeich-
nungen eingesehen werden können. Termin zur An-
gebotsabgabe ist auf
Donnerstag, den 17. Februar, vormittags 10 Uhr,
auf dem Rathaus in Raurod, im Beisein eines er-
nannten Bewerbers, anberaumt, bis zu welchem
Zeitpunkt die Angebote hiesig abgegeben sein
müssen. Die veranschlagten Angebote müssen mit ent-
sprechender Aufschrift versehen sein.
Raurod, den 3. Februar 1921. F227
Der Bürgermeister: Selb.

**Möbiliar-
Versteigerung.**

Am Montag, den 7. cr., vormittags
10 Uhr beginnend, veräußere ich folgende
Aufträge in meinem Versteigerungslokal

43 Luisenstraße 43, dahier

nachfolgend verzeichnete gut erhaltene Mobilien
öffentlich freitwillig meistbietend gegen gleich-
bare Zahlung.

1. Schönes gut erhaltenes Wohnzimmer,
bestehend aus: 1 Sofa mit 2 Sessel,
2 Stühle, 1 Vertiko, 1 Teppich, 1 Tisch
und 1 Trumeauspiegel.
2. 1 schönes schwarzes Wohnzimmer,
bestehend aus: 1 Sofa mit Spiegel,
Umbau, 1 freisundes Sofa, 6 Polster-
stühle, 1 vierediger Tisch, 2 kleine
Kantentische und eine Staffelei mit
Schränkchen.

Ferner kommt zum Ausgebot: 1 schöner 2 tlr.
Nukb.-Spiegelschrank, 1 dazu passendes
Vertiko, versch. Sofas und Sessel,
1 u. 2 tlr. lach. Kleiderschränke, ver-
schied. Chaiselongues, Teppiche, runde,
viereckige, ovale Tische, Kipp- und
Bauerntische, versch. gut erhalt. pol.
u. lach. Betten mit Matratzen, Feder-
kissen, 1 schöne pol. Kommode, Polster-
sessel und Piegeltuhl, Nachttische, ver-
schiedene An- und Kleiderschränke und Tische,
Küchenschrank, 1 Pult, versch. Hochstühle,
Eisschränke, 1 Tonnengefäß mit
Tonnen, 1 Leiter, 1 großer gut er-
haltener Kaffeeröster, 1 Trübe, und
2 kräft. Handkarren, div. Badewannen
u. div. Kleinfachen jeder Art.
Besichtigung jeder Zeit.

Wiesbadener Auktionshaus
Willy Wint
Auktionator und Taxator
handelsgerichtlich eingetragen
Wiesbaden, Luisenstr. 43. — Teleph. 5207.

J. Hertz
Langgasse 20.

Zur Konfirmation
Spezialstoffe in großer
Auswahl

K 114

Neue Autodecken u. Schläuche

Reparierte Autodecken aller
Dimensionen
Allgummi, engl. u. franz. Zahnkautschuk,
100 Kisten engl. Kerzen,
50 Kisten franz. Kerzen,
1500 Kilo Cichorie,
alle Zubehörtelle für Fahrräder
greifbar am Lager Dotzheimer Straße 105,
Comptoir General, Wiesbaden.
Telephon 5010.

Möbelsuchende!

Nie wiederkehrende Gelegenheit!!
Wir offerieren solange Vorrat reicht
Schlafzimmer echt Eiche oder Rüstern, 4000.-
Speisezimmer mit Marmor 5500.-
mit dreiteilig. Spiegelschränken
und Wascheinrichtung 7000.-
Speisezimmer m. schwer. Ausziehtisch u. Lederstuhl 4800.-
Küchen 650.-, 875.-, 3500.-
Möbel-Spezialhaus
Blücherplatz 3.

I. Rosenkranz**Briketts**

gegen Bezugschein liefert

Kohlenhandlung Ferd. Reith

Rauenthaler Straße 8.

Können auch zu jeder Zeit dort abgeholt werden.

**Firma
Adolf Harth**

Der zweite Waggon S. S. 10926

direkt aus Holland

66/1 Tonnen

prima neue holländische

Bollheringe

eingetroffen.

Qualität ganz hervorragend,

ff. zart, Delikatess,

Stück nur M. 1¹⁰

garantiert 1920er Herbstfang.

21 Verkaufsstellen

allen Stadtteilen

Tapeten

mäß. Preise, kein Laden.
Baumstr. Rheinstraße 79.

Das neue
Einkommensteuer-
Formular
ist erschienen.

Papierlager
Carl Koch
Ecke Michaelsberg.
1870

Wer will seine Schuhe
selbst fitt. u. gut hohlen?
Der hiesige Schuhmacher
bei Gollath & Schuhmacher.
Markt, Gollathstraße 3.

Gebrauchsm.
Waren.
PATENT-
KÖHLING
Wohn. Bahnhof-
str. 2. Fernr. 2764.

© Felle ©

aller Art zum Gerben
nimmt an Gerberlei Horn,
Schwalbacher Straße 38.

Wert 25 Pf.

(ausschneiden)
Wenn Sie Ihren Bedarf
an Butter, Käse, Eier,
Delikatessen, Süd-
früchten, Zigarren,
Tabak u. Zigaretten bei
Sutor, Herderstr. 26
decken, wird Ihnen geg.
diesen Gutschein obig.
Betrag in bar vergütet.
Qualitätsware!
Reelle Preise!

Preisabbau!

Feinst. naturr. Blumen-
Blüten

Sonja

verl. 9 Wd. netto M.
99.—, Schreibst. (Waben-)
Doris, 8 Wd. M. 130.—,
Vorio, Radnabe und
Dole M. 10.— extra.
Bolle Garantie! Zurück-
nahme bei Nichtgefallen.
Großhändler Ferd. Olmer,
Dietrichstr. 78, bei Ge-
meinde 1. O. F 52

Rein Laden!

Prima Blauschne
Hasen (Lapin)

im ganzen, ohne Fell und
geschlagen zu

Ragout

das Pfund 10.00

sowie Enten, Gänse, Tauben
zu den billigsten Preisen.

Frische, große Eier
das Stück 2.00

D. Mehnert

7 Gölbenstraße 7
lehtes Hinterhaus 1. Etage.
2406 Fernruf 2406.

Nußholz-Versteigerung.

Mittwoch, den 9. Februar d. J., mit-
tags 3 Uhr, werden auf dem Rathaus, hier,
238 Festmtr. Fichtenstammholz und Fichten-
stangen 1. u. 2. Klasse in einem Lose meist-
bietend versteigert. Hierauf anschließend werden
im Distr. 13 (Schlauderbell) 24 Eichen-Stämme
mit 11,81 Festmtr. an Ort u. Stelle versteigert.
Fischbach (Unterarmutkreuz), 2. Febr. 1921.
Der Bürgermeister.

Sonnenberg.**Betrifft: Versteigerung.**

In Sonnenberg werden am Montag, den
7. Febr. 1921, vormittags von 11 Uhr ab,
auf dem Gebiet Adolfsstraße 2 landwirtschaf-
liche Gegenstände öffentlich an den Meistbietenden
gegen sofortige Barzahlung versteigert u. zwar:
1 Einsp.-Wagen mit Kasten, 1 Karren
mit Aufsat, 1 Schlitten, 1 Kultivator,
1 Häckelmaschine, mehrere Pflüge, Pflug-
karren, Eggen, Kummerte, Geschirre,
Ernteleitern, Räder, sowie andere land-
wirtschaftliche Geräte und ferner
eine gedeckle Ziege.
Sonnenberg, den 3. Februar 1921.
Dr. Erben Jemel.

**Firma
Adolf Harth**

Von heute ab gelangen
zum Verkauf:

5000 Patete

à 1/2 Pfund

Kunstthonig

(als Ersatz für teuren
Auslandszucker)

Patet M. 4.⁷⁰

Ferner

4000 1/1 Patete

Maizena

à M. 6.⁴⁰

solange Vorrat.

21 Verkaufsstellen

allen Stadtteilen

Neu eröffnet. Schuhwaren Neu eröffnet

für Herren, Damen u. Kinder

kaufen Sie in solider Ausführung zu vorteilhaft. Preisen

17 Pfersdorf's Schuhhaus Bismarck-
ring 9.

Elektr. Kochtöpfe,
Platten, Herde, Bügeleisen,
Haartrockner. 1735

Flack, jetzt: Luisenstr. 25,
gegenüb. d. Realgym.

**In bester
Geschäftslage**

3 Etagen à 3 Zimmer im ganzen od.
gefilte für Bürozecke per sofort zu
vermiet. durch J. Chr. Glücklich,
Immobilienagentur, Wilhelmstr. 50.
Telephon 6650.